

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 157 vom 04.07.2013

Sondersitzung Bildungsausschuss

Gordon Hoffmann/Beate Blechinger: Ministerin Münch hat nicht ausreichend aufgeklärt, ob staatliche Aufsichts- und Fürsorgepflicht bei der Haasenburg GmbH verletzt wurden

Heute fand die Sondersitzung zur Informationspolitik und dem Wissensstand des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport bezüglich der Vorgänge in den Heimen der Haasenburg GmbH statt.

Gordon Hoffmann, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, sagt:

„Ministerin Münch hat nicht ausreichend aufgeklärt, welche Informationen ihr und dem Landesjugendamt tatsächlich zu den Vorwürfen vorlagen und welche Maßnahmen ergriffen wurden. Es herrscht aber dringender Aufklärungsbedarf, da das Vertrauen in die Behörden des Landes gefährdet ist. Ministerin Münch muss dringend den Verdacht ausräumen, ihr Ministerium oder nachgeordnete Behörden hätten nicht genau hingeschaut und damit die staatliche Aufsichts- und Fürsorgepflicht verletzt.“

Es bleibt mir unbegreiflich, wie drei Mitarbeiter des Landesjugendamts rund 400 Einrichtungen in Brandenburg in der nötigen Form beaufsichtigen können. Ministerin Münch muss das Landesjugendamt personell in die Lage versetzen der staatlichen Aufsichts- und Fürsorgepflicht in voller Form nachzukommen.“

Beate Blechinger, Kinderschutzbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion, sagt:

„Die öffentlich erhobenen Vorwürfe betreffen schwerwiegende Verletzungen von Persönlichkeitsrechten von Kindern und Jugendlichen und müssen aufgeklärt werden.“

Linke, Grüne und FDP machen es sich aber zu einfach, wenn sie jetzt die Schließung der Haasenburg GmbH fordern. Sie haben keine Antwort, was mit den betreuten Kindern und Jugendlichen dann passiert. Psychiatrie oder Gefängnis sind für uns keine Alternativen. Eine geschlossene Unterbringung von Jugendlichen, die sich oder andere gefährden könnten, kann im Einzelfall sinnvoll sein.“

Hintergrund

Laut Presseberichten der taz vom 20. Juni 2013 soll das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport entgegen eigenen Bekundungen doch Kenntnisse über Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen in Heimen der Haasenburg GmbH gehabt haben. Nach eigenen Aussagen des Ministeriums vom 17. Juni 2013 wurde dies bestritten.